

## Die diskursive Übersetzung des Wandels.

### Vergangenheitsbewältigung und politische Symbolik in parlamentarischen Debatten nach dem Ende der Diktatur (Spanien, DDR, Polen)

**Bearbeiterin:  
Dr. des. Paulina Gulinska-Jurgiel**

Ziel des Vorhabens, das gemeinsam mit dem Georg-Eckert-Institut für internationale Schulbuchforschung und der Universität Gießen durchgeführt und vom BMBF gefördert wird, ist es, die diskursive Übersetzung politischen Wandels nach dem Ende von Diktaturen für drei europäischen Gesellschaften zu untersuchen. Dabei konzentriert sich das Vorhaben auf parlamentarische Debatten in diesen Gesellschaften und fragt nach dem Spannungsverhältnis von nationaler Symbolik und Europäisierung. Dem Vorhaben liegt die Beobachtung zugrunde, dass „Europa“ nach Systembrüchen als Chiffre eines oft normativ verstandenen Wandels fungierte. Parlamentsdebatten und die sie begleitende Medienöffentlichkeit sind wesentliche Bestandteile einer politischen Selbstverständigung in allen modernen Gesellschaften. Ihre Dynamik und Aufladung nach dem Ende von Diktaturen lassen eine Untersuchung im Hinblick auf Fragen der Vergangenheitsbewältigung und europäischer Zukunftsvision fruchtbar erscheinen.

Nach dem Zusammenbruch des Kommunismus in Ostmitteleuropa 1989 und nach dem Ende der südeuropäischen Diktaturen in den 1970er Jahren hatte zum Beispiel das Verständnis der Zugehörigkeit zu Europa die Funktion, eine wahrge-

nommene Rückständigkeit zu überwinden und idealisierte Gesellschaftsmodelle zu errichten, die als „europäisch“ bezeichnet wurden. In gesellschaftlichen Erneuerungsprozessen bildeten oft gerade Europavorstellungen die Projektionsfläche für jede Art von Zukunftsperspektiven. Sie bestimmten zeitgenössische Diskussionen über Wertgrundlagen, Zielvorstellungen sowie Visionen und formten auf diese Weise rückwirkend auch Wahrnehmungen von Vergangenheit. In diesem Zusammenhang wurde auch der deutsche Prozess der Vergangenheitsbewältigung nach 1945 zum Vorbild und Modell für analoge Entwicklungen in anderen europäischen Ländern. Die Aufarbeitung der nationalsozialistischen Vergangenheit bekam Züge eines europäischen Gesamtmusters und wurde so zu einem bewussten intellektuellen Import für Länder, die mit dem Kommunismus abrechnen wollten, aber auch für die verspätete spanische Bewältigung der Franco-Diktatur.

Das Vorhaben fragt erstens nach dem Verhältnis von vergangenheitsbezogenen und zukunftsgerichteten Diskursen in der parlamentarischen Auseinandersetzung nach dem Ende der Diktatur (Polen nach 1989, DDR nach 1989 und Spanien nach 1975). Zweitens wird danach gefragt, inwieweit die Parlamente als Orte der politischen Selbstverständigung selbst eine Übersetzungsfunktion für diktatorische Geschichte übernommen haben (Enquete-kommissionen, Untersuchungsausschüsse). Drittens soll die besondere Anziehungskraft des europäischen Vereinigungsprozesses auch auf das Feld der Erinnerungskultur bezogen werden.

Kontakt:  
[gulinska@zzf-pdm.de](mailto:gulinska@zzf-pdm.de)